

Der Einzelfall zählt

Ein Interview mit Andreas Lipsch zur Arbeit von PRO ASYL

Von Dr. Heidi Fogel

Der neu gewählte Vorsitzende der Organisation „PRO ASYL“, Andreas Lipsch, ist Neulsenburger. Er war von 1994 bis 2001 Pfarrer der Evangelischen Johannesgemeinde und arbeitet heute als Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau.

Welche Ziele verfolgt PRO ASYL?

PRO ASYL hat sich dem Flüchtlingsschutz verschrieben. Millionen Menschen fliehen vor Krieg und Verfolgung. Unser Leitsatz ist: Der Einzelfall zählt. Wir wollen, dass Schutzsuchende in Deutschland und in Europa eine humane Lebensperspektive erhalten. Wir helfen Flüchtlingen bei bürokratischen Hürden und gewähren ihnen Rechtshilfe, denn oft fehlen ihnen die Mittel, um für ihr Recht auf Schutz zu streiten. Wir arbeiten dabei eng zusammen mit den Flüchtlingsräten in den Bundesländern, die von PRO ASYL auch finanziell unterstützt werden. Wir leisten Öffentlichkeitsarbeit, um auf Ungerechtigkeiten in der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik hinzuweisen. Seit den 1990er Jahren kämpfen wir auch verstärkt gegen Rassismus, der sich aktuell wieder stärker gegen Flüchtlinge richtet.

Welche Personengruppe bezeichnen Sie als Flüchtlinge?

Ich verwende den Begriff „Flüchtlinge“ hier, wie im allgemeinen Sprachgebrauch üblich, für Menschen, die ihre Herkunftsländer aus

unterschiedlichen Gründen, aber gezwungenermaßen verlassen mussten. Juristisch spricht man von Flüchtlingen erst, wenn sie als solche rechtlich anerkannt sind. Bis dahin sind es Asyl- oder Schutzsuchende.

Warum brauchen wir eine Organisation wie PRO ASYL?

Flüchtlinge brauchen Unterstützung und da, wo sie nicht selber für ihre Rechte eintreten können, eine laute Stimme. Dafür sind wir da. Solange Deutschland und Europa auf Abschreckung und Abschottung setzen, solange die soziale Integration Schutzsuchender systematisch und absichtlich verhindert wird, solange jährlich Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken – seit 1988 annähernd 20.000 – solange wird und muss es Organisationen wie PRO ASYL geben.

Welchen Anlass hatte die Gründung von PRO ASYL?

Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL wurde 1986 gegründet. Anlass waren die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen nach dem Militärputsch in der Türkei. Damals wurde das Asylrecht zu einem emotionsbeladenen Wahlkampfthema. Vor diesem Hintergrund schlossen Einzelpersonen, vor allem aus Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, ein Bündnis für die praktische und politische Unterstützung von Flüchtlingen, aus dem die Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl hervorgegangen ist. Später kamen der Förderverein



Andreas Lipsch

und die Stiftung „PRO ASYL“ dazu. Der Förderverein hat heute mehr als 15.000 Mitglieder.

Welchen Aktionsradius hat PRO ASYL?

PRO ASYL ist eine deutsche Organisation, die aber zunehmend mit Partnern in anderen europäischen Ländern zusammenarbeitet. Politisch schauen wir nicht nur nach Berlin, sondern auch nach Brüssel, weil die Flüchtlingspolitik und das Flüchtlingsrecht mittlerweile vor allem in Europa gemacht werden.

Was hat Sie zu Ihrem Engagement bei PRO ASYL bewegt?

Ich arbeite auch in meinem Hauptberuf als Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und als Bereichsleiter im Diakonischen Werk zu den Themen Migration und Flucht. Dabei habe ich immer schon eng mit PRO ASYL kooperiert. An der Organisation fasziniert mich insbesondere ihre Unabhängigkeit. Sie finanziert sich fast ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Wegen dieser Unabhängigkeit von öffentlichen Geldern muss PRO ASYL keine politischen Rücksichten und keinen Blatt vor den Mund nehmen. Das können nur wenige Organisationen in Deutschland von sich sagen.

Ich engagiere mich ehrenamtlich bei PRO ASYL, weil ich mich für eine humane Gesellschaft einsetzen möchte. Und es motiviert mich stets aufs Neue, wenn wir erreichen, dass ein Flüchtling bleiben kann, einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhält oder eine Familie zusammengeführt wird.

Welches sind aktuelle Themen von PRO ASYL?

Ein brennendes Thema ist das Schicksal der syrischen Flüchtlinge. Wir wollen, dass Deutschland und Europa sich hier stärker engagieren, denn die Lage der Flüchtlinge ist dramatisch. Der Bundesinnenminister hat unlängst angekündigt, Deutschland werde 5000 syrische Flüchtlinge aufnehmen, um die



Demonstration für das Bleiberecht langjährig Geduldeter, 2005 in Frankfurt am Main

Nachbarstaaten Syriens, wie den Libanon, Jordanien und die Türkei, zu entlasten. Mit der Aufnahme von 5000 Menschen helfen wir diesen Ländern aber nicht nennenswert, denn das sind weniger, als an einem einzigen Tag aus Syrien fliehen. 1,4 Millionen Syrerinnen und Syrer mussten bisher das Land verlassen, und die Zahl steigt täglich um mindestens weitere 8000. Dennoch ist die deutsche Maßnahme ein wichtiger erster Schritt.

Ein dauerhaft aktuelles Thema ist die Einschränkung des Asylrechts. Das unbeschränkte Recht auf politisches Asyl, das im deutschen Grundgesetz verankert war, ist schon 1993 im sog. Asylkompromiss politisch ausgehebelt worden. Seitdem können Flüchtlinge, die über ein als sicher eingestuftes Drittland nach Deutschland einreisen, hier kein Asyl in Anspruch nehmen. Da Deutschland ausnahmslos von „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist, kann kaum noch jemand, der auf dem Landweg nach Deutschland kommt, einen Asylantrag stellen. Seit 2003 gibt es zusätzlich die Dublin II-Verordnung, nach der ein Asylsuchender in dem EU-Land bleiben muss, in dem er zuerst europäischen Boden betreten hat. Das sind in der Regel die Staaten an den europäischen Außengrenzen, wie Griechenland, Malta, Spanien oder Italien. Inzwischen ist die Lage der Flüchtlinge in diesen Ländern aber äußerst prekär, viele müssen in Obdachlosigkeit leben oder werden inhaftiert. Deshalb versuchen sie, andere europäische Staaten zu erreichen. Wenn dann in Deutschland festgestellt wird, dass sie aus einem anderen EU-Staat kommen, werden sie dorthin zurückgeschoben, auch wenn sie dort – wie z. B. in Italien – keine Perspektive haben. Viele junge Menschen befinden sich deshalb auf einer erzwungenen Odyssee: Sie versuchen immer wieder in Länder einzuwandern, in denen sie Zukunftschancen sehen, werden zurückgeschickt, versuchen es erneut. Sie kreisen wie in einem Orbit. Ich habe vor kurzem einen Jugendlichen kennengelernt, der sieben Jahre lang auf diese Weise unterwegs war. Eine solche Erfahrung kann stärker traumatisierend sein als der ursprüngliche Fluchtgrund.

Schützt unser Flüchtlings- und Asylrecht Verfolgte wirkungsvoll?

Europa schützt vor allem seine Grenzen, nicht die Flüchtlinge. Das ist derzeit leider die große Linie der europäischen Flüchtlingspolitik. Wenn es tatsächlich um Flüchtlingschutz ginge, müsste Europa zulassen, dass Flüchtlinge europäischen Boden betreten, um einen Asylantrag zu stellen. Gerade das versucht man aber zu verhindern, indem die europäische Grenzschutzagentur Frontex beauftragt wird, mit Schiffen, Hubschraubern und demnächst auch mit unbemannten Drohnen die Außengrenzen abzusichern. Europa schottet

sich gegen Flüchtlinge ab, was einem Kontinent, der sich auf die Menschenrechte beruft, schlecht ansteht und ihn weltweit ungläubwürdig macht.

Zuwanderung nach Deutschland ist ja aktuell durchaus erwünscht. Wir starten sogar wieder Anwerbemaßnahmen, suchen z. B. wieder in Spanien nach Arbeitskräften für den deutschen Markt. Wir nehmen gern diejenigen auf, die uns nützlich erscheinen, weil wir wegen des demographischen Wandels dringend Arbeitskräfte brauchen. Die Kehrseite ist die Abschottung vor denen, die vermeintlich weniger nützlich sind. Die aktuelle Migrationspolitik in Europa folgt ausschließlich ökonomischen Interessen, dabei geraten humanitäre Aspekte zunehmend aus dem Blick.

Welches sind die größten Hemmnisse für die Integration von Menschen, die in Deutschland Aufnahme gefunden haben?

Mehr als 100.000 Menschen leben in Deutschland mit einer immer wieder nur befristeten Aufenthaltserlaubnis. Ihre Situation ist prekär: Sie verlieren z. B. ihren Aufenthaltstitel bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit und können keine Familienangehörigen zu sich holen. Fast 50.000 Menschen in Deutschland leben mit einer so genannten Kettenduldung. Sie müssen sich im Drei- oder Sechsmonatsrhythmus von der Ausländerbehörde eine neue Duldung ausstellen lassen, manchmal über Jahrzehnte hinweg. Sie können sich oft nicht frei bewegen, weil sie eine sogenannte „Residenzpflicht“ haben. Hessen hat diese zwar gerade gelockert, Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge dürfen jetzt zumindest innerhalb Hessens reisen. Aber mit der S-Bahn über Mainz-Kastel nach Wiesbaden fahren, das dürfen sie nicht. Kinder dürfen nur an Klassenfahrten innerhalb Hessens teilnehmen. Das alles ist absurd!

Ohne einen gesicherten Rechtsstatus und uneingeschränkte soziale Rechte ist Integration nicht möglich. Die Flüchtlinge wollen arbeiten und sich weiterqualifizieren. Ein Staat, der ihnen diese Rechte über lange Zeit verweigert, betreibt gezielt Desintegration. Das schadet letztlich allen.

Wie würde sich die deutsche Gesellschaft verändern, wenn alle in Deutschland lebenden Menschen, also auch Flüchtlinge, gleiche Rechte hätten?

Es würde nicht viel passieren, außer dass die, die bisher kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht hatten, sich besser integrieren könnten und



Demonstration gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, 2010 in Wiesbaden

alle bessere Laune hätten. Abschreckung ist der einzige Grund, aus dem man Flüchtlingen kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gibt. Die in der Politik immer noch verbreitete Angst, dass alle nach Deutschland kämen, wenn ihnen allzu leicht gleiche Rechte zuerkannt würden, ist meines Erachtens unrealistisch. Es ist ein Irrtum zu glauben, die ganze Welt wolle nach Deutschland. Von den weltweit über 40 Millionen Flüchtlingen halten sich ca. 85 % in den Nachbarregionen der Krisenstaaten auf, also in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, aber nicht in Europa.

Welche Wünsche haben Sie an die Stadt Neu-Isenburg?

Ich fände es toll, wenn sich die Stadt bereit erklären würde, eine kleine Anzahl an Flüchtlingen aufzunehmen. Weltweit sitzen etwa 200.000 Flüchtlinge in Lagern fest, unter prekären Bedingungen. Für diese Flüchtlinge sucht das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen händeringend nach Plätzen für ihre Neuansiedlung, englisch Resettlement. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr beschlossen, insgesamt 300 Resettlement-Plätze zur Verfügung zu stellen. Das ist beschämend wenig. Wenn Kommunen jetzt signalisieren: Wir sind bereit uns zu engagieren, bringt das die Bundesregierung in Bewegung. Das ist jedenfalls das Ziel der Initiative „Save me – Eine Stadt sagt Ja“. Mittlerweile haben bereits mehr als 50 Städte und Gemeinden per Ratsbeschluss ihre Bereitschaft erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen. Es wäre schön, wenn Neu-Isenburg demnächst dazugehören würde.

Und was wünschen Sie sich von den Neu-Isenburger?

Ich hoffe, dass nach diesem Gespräch mehr Neu-Isenburger die Arbeit von Pro Asyl kennen und unterstützen möchten. Schön wäre natürlich, wenn wir in Neu-Isenburg neue Mitglieder und Spender fänden.

Internetseite von Pro Asyl:

www.proasyl.de

Spendenkonto von Pro Asyl: 8047300,

BLZ: 370 205 00 (Bank für Sozialwirtschaft Köln)